

Mindestlohn gegen Billiglohn.

Das kapitalistische Gesellschaftssystem nimmt mehr und mehr Menschen die Chance einer humanen Existenz. Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit verschärft sich. Banken und Konzerne feiern ihre immensen Profitsteigerungen und kündigen zugleich weitere Entlassungen an. Die Konzernkassen sind prall gefüllt. Alleine die 30 im DAX führenden Konzerne haben für 2004 einen Profit in Höhe von 46,35 Milliarden EURO ausgewiesen. Die Deutsche Bank verkündet Anfang 2005 eine Profitsteigerung von 50 % auf 2,5 Milliarden EURO und kündigt zugleich die Entlassung von 6.400 Beschäftigten an. Eine lange Liste gleich vorgehender Konzerne und Unternehmen könnte hier angefügt werden.

Die Profite der Kapitalgesellschaften wuchsen in den letzten 14 Jahren um brutto 91 % und netto sogar um 113 %. Aktionäre kassieren satte Dividenden. Alleine Siemens schüttete für das Geschäftsjahr 2004 920 Millionen EURO Dividende aus, während der Konzernvorstand zugleich den Beschäftigten in der Handy-Sparte Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung abpresste.

Die weit überzogenen Einkünfte der Spitzenmanager sind in aller Munde. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wachsen weiter. In den letzten 14 Jahren um brutto 51 %, und dank der Steuer“reformen“ besonders der Regierungen Kohl und Schröder netto sogar um 61 %. Das private Geldvermögen in der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten 14 Jahren von 2.020 Milliarden EUR um 105 % auf 4.100 Milliarden EURO gewachsen.

Hiervon entfallen etwa 60 % des Vermögens auf gerade 2 % der Bevölkerung. 50 % der Bevölkerung dagegen hat weniger als 4 % dieses Vermögens (nach Erhebungen des Finanzdienstleisters Capgemini und der Investmentbank Merrill Lynch).

„Wir brauchen einen Systemwechsel in den Köpfen und dabei ist es doch völlig irrelevant, ob ein paar noch reicher werden, als sie es heute schon sind“ (Ex-Arbeitgeberverbandchef Jürgen Rogowski).

„Nachdem wir den Sozialismus in Ostdeutschland überwunden haben, müssen wir jetzt den Sozialismus in Westdeutschland überwinden“ (Deutsche Bank - Volkswirt Norbert Walther).

Auf der einen Seite also sehen wir beständig wachsenden Reichtum einer Minderheit.

Auf der anderen Seite sehen wir beständig wachsende Armut bei der Mehrheit der Bevölkerung.

Armut die erzeugt wird über direkten Lohnraub durch das Kapital, durch Unternehmer (und auch durch Bund, Länder und Kommunen), die sich die Not und Konkurrenz der Lohnabhängigen durch die Massenarbeitslosigkeit zunutze machen. Einer Massenarbeitslosigkeit, die vom Kapital und seinem politischen Personal in wechselnden Regierungen herbeigeführt wurde.

Etwa 5 Millionen Erwerbsarbeitslose im Herbst 2005 werden offiziell zugegeben. Tatsächlich sind es etwa 9 Millionen Menschen. Jeder zweite Arbeitslosenhaushalt ist akut von Armut bedroht. Etwa 10 % aller Kinder leben bereits in Armut.

Der Anteil der prekären (ungeschützten) Arbeitsverhältnisse wächst. Immer mehr Menschen können nicht von dem Lohn leben, den sie für die Arbeit bekommen, die den Reichtum einer Minderheit schafft.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank von 28,6 Millionen im Juni 1993 auf knapp 25,84 Millionen im Februar 2006 (*aktualisiert in 6 / 2006*). Zugenommen hat dagegen die Zahl der Minijobs, der Scheinselbstständigen, der „Ich-AGen“ und neuerdings der 1-EURO-Jobber. 6,6 Millionen Minijobber meldete die „Minijobzentrale“ für Ende März 2005. 272.000 1-EURO-Jobs meldete die Agentur für Arbeit für Ende April 2006 (*aktualisiert in 6 / 2006*). 600.000 sollen es einmal sein.

Der massenhafte Wegfall der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse führt zu einem massiven Einnahmeproblem bei den Sozialversicherungen, das noch verschärft wird durch eine andauernde Politik der „Senkung der Lohnnebenkosten“.

Zudem ziehen die 1-EURO-Jobs nach Hartz IV auch noch die Berechnungsgrundlage für die Renten nach unten. Das bedeutet, Rentenkürzungen bereits ab 2006 wegen Hartz IV (Mitteilung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger im Juli 2005).

Zwei Millionen Vollzeitbeschäftigte in Westdeutschland und 400.000 Vollzeitbeschäftigte in Ostdeutschland sind im Armutslohnbereich tätig, denn sie verdienen weniger als die Hälfte eines Durchschnittsentgelts für Vollzeitarbeit, der im Westen 2003 bei 2.884 Euro lag. Armutslohn liegt vor, wenn ein Vollzeitbeschäftigter weniger als 1.442 Euro im Monat verdient. Die Nettolöhne liegen nahe an oder sogar unter der Pfändungsfreigrenze von 989,99 EURO (*aktualisiert in 6 / 2006*), die als absolutes Existenzminimum gilt.

Der Armut erzeugende Umverteilungsprozess von unten nach oben muss gestoppt und umgekehrt werden. Geld ist genug da.

Die DKP fordert in Übereinstimmung mit Sozialbündnissen, Arbeitslosen- und Anti-Hartz-Initiativen, der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken, dem Sozialforum 2005 in Erfurt und weiteren Gruppen und Organisationen :

- **Einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10,00 EURO / Stunde** für alle Produktions-, Handwerks- und Dienstleistungsbereiche, der jährlich der Steigerung der allgemeinen Einkommensentwicklung angepasst wird.
- Ein Arbeitsplatz muss zum Leben reichen. Diese Forderung erfüllt in Nordrhein-Westfalen auch den Anspruch des Artikels 24 der Landesverfassung.
- Die Einführung von Mindestlöhnen muss einhergehen mit der Rückgängigmachung von Arbeitszeitverlängerungen. Die Arbeitszeiten müssen verkürzt werden. 35 - Stunden-Woche und Einschränkung von Überstunden für alle lohnabhängig Beschäftigten per Gesetz. 30 - Stunden-Woche per Tarifvertrag!
- Die EU-Dienstleistungsrichtlinie gehört endgültig ersatzlos in den Papierkorb.
- Rente ab 60 – ohne Abschläge.
- Hartz IV muss weg.

Wir teilen nicht die Befürchtungen einiger Gewerkschaften, ein gesetzlicher Mindestlohn stelle die Tarifautonomie in Frage. Andere Gewerkschaften wiederum haben diese Befürchtungen auch nicht und diskutieren auch Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn. So wie Tarifverträge für z. B. längeren Urlaub als nach dem gesetzlichen Urlaubsanspruch und kürzere Arbeitszeiten als nach dem Arbeitszeitgesetz erkämpft wurden, so ist es weiterhin Aufgabe der Gewerkschaften, um höhere Löhne als die Mindestlöhne zu kämpfen, Arbeitszeitverlängerungen abzuwehren und Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich zu erstreiken.

Überlegungen nach tariflichen Mindestlöhnen auf der Grundlage der jeweiligen niedrigsten Tariflöhne, die oft nur zwischen 4 und 6 EURO liegen, halten wir dagegen für indiskutabel. Solche Löhne reichen nicht zum Leben.

Lohnfragen sind und bleiben Machtfragen. Ebenso wie der Kampf um Lohnerhöhungen über Flächentarifverträge kann der Kampf um gesetzliche, die menschliche Existenz verbessernde Mindestlöhne nur mit machtvollen betrieblichen und ausserparlamentarischen Aktionen gewonnen werden. Die Kraft der Gewerkschaften, die Bündelung der linken ausserparlamentarischen Kräfte und die Verpflichtung der parlamentarischen Oppositionspartei „Die Linkspartei“ ist dabei unverzichtbar.

Auch der Kampf um einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn ist Aufgabe einer Gegenmacht zur Macht des Kapitals. Zu dieser Gegenmacht müssen die Gewerkschaften zurückfinden.

Es wird mit der Durchsetzung der Forderung nach einem existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn nicht die Verteilungsfrage des immens großen Reichtums im kapitalistischen Deutschland gelöst. Um die Verteilungsfrage grundlegend zu lösen, muss die Eigentumsfrage gestellt werden, muss die derzeitige Verfügung über die Produktionsmittel in Frage und die Systemfrage gestellt werden. Aber ein erfolgreicher Kampf zur Durchsetzung der Forderungen nach einem existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn stärkt die Würde der Menschen und ihren Mut, für ihre eigenen Interessen zu handeln.

Gesetzlicher Mindestlohn

Anlage 1:

Forderungen oder Vorstellungen eines Mindestlohnes :

| Organisation | Stundenlohn € | Monatslohn € | gesetzlich | tariflich |
|---|-----------------------|-----------------------|------------|-----------|
| IG Metall | niedrigster Tariflohn | niedrigster Tariflohn | | X |
| IG BCE | niedrigster Tariflohn | niedrigster Tariflohn | | X |
| Verdi | 7,50 | 1250 | X | |
| NGG | | 1500 | X | |
| PDS / Linkspartei | | 1400 | X | |
| WASG | 8,00 | 1400 | X | X |
| Init. zur Vernetzung Gewerkschaftslinke | 10,00 | | X | |
| WSI (Wirtschafts- und Soziawissenschaftliche s Institut) | | 1450 – 1500 | X | |

Vorschlag:

| | | | | |
|------------|--------------|----------|----------|--|
| DKP | 10,00 | 1.520 *) | X | |
|------------|--------------|----------|----------|--|

*) bei einer Wochenarbeitszeit von 35 Stunden.

Landesverfassung Nordrhein-Westfalen Artikel 24

Absatz 1: Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.

Absatz 2: Der Lohn muß der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familie decken. Für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung besteht Anspruch auf gleichen Lohn. Das gilt auch für Frauen und Jugendliche.

Gesetzliche Mindestlöhne in anderen EU-Ländern (in 2004), monatlich in EURO *) :

| | |
|----------------|----------|
| Belgien | 1.186,00 |
| Frankreich | 1.197,00 |
| Griechenland | 605,00 |
| Großbritannien | 1.146,00 |
| Irland | 1.183,00 |
| Luxemburg | 1.403,00 |
| Niederlande | 1.265,00 |
| Portugal | 498,00 |
| Spanien | 573,00 |

*) alle Zahlen aus „DISPUT“, Mitgliederzeitschrift der PDS, Ausgabe 2 / 2005.
Die darin angegebene Quelle: Eurostat.

Gesetzlicher Mindestlohn

Anlage 2:

Produktivität je Arbeitsstunde :

1992 zu 2004 + 26,1 %

(aus isw – wirtschaftsinfo 37 (April 2005), angegebene Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1)

Preisentwicklung :

1992 zu 2004 + 29,8 %

(aus isw – wirtschaftsinfo 37 (April 2005), angegebene Quelle: Statistisches Bundesamt)

Reallohnentwicklung unter Berücksichtigung der Preissteigerungen :

1992 zu 2004 - 3,6 %

(aus isw – wirtschaftsinfo 37 (April 2005), angegebene Quelle: Statistisches Bundesamt)

Anteile am verfügbaren Einkommen der Privathaushalte :

| | 1991 | 2004 |
|---------------------------------|------------|-------------|
| Gesamtsumme | 971 Mrd. € | 1480 Mrd. € |
| Netto-Lohnquote | 49,6 % | 42,6 % |
| Sozialleistungen | 22,5 % | 26,6 % |
| Einkommen aus Gewinn / Vermögen | 27,2 % | 30,8 % |

(aus isw – wirtschaftsinfo 37 (April 2005), angegebene Quelle: L. Jarass / G. Obermair: Geheimnisse der Unternehmenssteuern, Marburg 2004)

Gewinnentwicklung der Kapitalgesellschaften von 1992 zu 2004 :

| | | |
|---|---|-----------|
| Unternehmensgewinne von Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) und Personengesellschaften | : | + 84,1 % |
| Unternehmensgewinne ohne Banken u. Versicherungen | : | + 96,5 % |
| Gewinne von Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) | : | + 91,2 % |
| Gewinn- / Ertragssteuern | : | + 11,1 % |
| Nettogewinne von Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) | : | + 131,3 % |

(aus isw – wirtschaftsinfo 37 (April 2005), angegebene Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1)